

ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jugendliche durch flexible Ausbildungsoptionen besser in den Arbeitsmarkt integrieren

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. bei der Erstellung eines neuen Arbeitsmarktprogramms die modellhafte Erprobung eines flexibilisierten Ausbildungskonzepts einzuführen. Ein solches Konzept sieht die Möglichkeit einer Verlängerung der Ausbildungszeit im dualen System um bis zu zwei Jahre vor und ermöglicht so auch Jugendlichen, die mehr Unterstützung brauchen, eine realistische Perspektive auf eine erfolgreiche betriebliche Erstausbildung.
2. die bisher wenig effizienten Maßnahmen des Übergangssystems zu straffen, in eine übersichtliche, systematische und nachhaltige Förderung zu überführen und Angebote stärker als bisher auf den Erwerb abschlussorientierter Qualifikationen auszurichten.
3. sich auf Bundesebene für die längst überfällige Strukturreform zur Modernisierung und Öffnung der beruflichen Bildung einzusetzen, insbesondere unter dem Aspekt der durchgängigen Modularisierung der dualen Berufsausbildung.

Jürgen Suhr, Silke Gajek und Fraktion

Begründung:

Die Landesregierung plant zeitnah nach Bewilligung des Operationellen Programms des ESF nach eigenem Bekunden die Erstellung eines neuen Landesarbeitsmarktprogramms. In diesem sollten die Themen Übergang Schule-Beruf und Übergang Zweite Schwelle eine wichtige Rolle einnehmen. Dies entspricht auch den zentralen Handlungsfeldern „Jugendliche optimal auf das Berufsleben vorbereiten und in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integrieren“ und „Fachkräftebedarf und Erwerbspotenziale identifizieren“ des Bündnisses für Arbeit. Aus der Tatsache, dass sich die Ausgangsbedingungen am Ausbildungsmarkt in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt haben, ergeben sich veränderte Handlungsbedarfe. So besteht weniger Bedarf an außerbetrieblicher Ausbildung. Hingegen haben viele Betriebe zunehmend Schwierigkeiten, ihre Ausbildungsplätze zu besetzen. Bloße Appelle, auch „leistungsschwächeren Bewerberinnen und Bewerbern eine Chance zu geben“, reichen als Anreiz nicht aus. Dass eine Flexibilisierung der Bedingungen und Laufzeiten beim Erwerb von Abschlüssen unterstützend wirken kann, beweisen die positiven Erfahrungen mit der Flexiblen Schulausgangphase. Eine modellhafte Erprobung eines entsprechenden Angebots, auch für den Bereich der dualen Berufsausbildung, bietet sich gerade in unserem Bundesland besonders an. Genutzt und weiterentwickelt werden können in diesem Zusammenhang auch die positiven Erfahrungen aus der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU). Ein Landeskonzept für den Übergang Schule-Beruf befindet sich seit Jahren in der Erarbeitung, liegt jedoch laut Mittelstandsbericht Mecklenburg-Vorpommern 2013 immer noch nicht abschließend vor. So besteht weiterhin ein unübersichtliches Nebeneinander von Mehrfachstrukturen, das Jugendlichen keine optimale Hilfestellung zu bieten vermag. Übergangs- und Qualifizierungsangebote bauen nicht konsequent aufeinander auf, führen häufig nicht zu ausbildungsrelevanten (Teil-)Abschlüssen und verlängern so die Wartezeit bis zum Eintritt in das Erwerbsleben. Eine Straffung und bessere Verzahnung der Angebots ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern angesichts der knapper werdenden Budgets auch eine Frage der ökonomischen Vernunft. Die duale Ausbildung gilt als Erfolgsmodell. Um den Bedarfen einer zunehmend vom Prinzip des lebenslangen Lernens geprägten Gesellschaft auch zukünftig gerecht werden zu können, bedarf es der Überarbeitung. Mit einer flächendeckenden Modularisierung aller dualen Ausbildungsberufe soll perspektivisch dafür gesorgt werden, dass kein Ausbildungsabschnitt ohne Anschluss bleibt. Vor allem für weniger leistungsstarke Jugendliche können so motivierende kleinschrittige Lernerfolge generiert werden. Erste positive Erfahrungen mit entsprechenden Ausbildungsbausteinen aus dem Bundesprogramm JOBSTARTER CONNECT liegen vor.